



Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
Trockener Weg 1 b, 17034 Neubrandenburg

Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
Herrn Minister Dr. Backhaus

19048 Schwerin

20. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Backhaus,

die Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern haben im letzten Jahr eine Vielzahl von öffentlichen Leistungen erbracht. Sie und Ihre Mitarbeiter haben dafür gesorgt, dass die gesellschaftlich vereinbarten Gegenleistungen, die Ausgleichszahlungen, pünktlich auf den Konten der Landwirte eingegangen sind.

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Backhaus, wir bitten Sie, unseren Dank für diese mit viel Bürokratie verbundene Fleißarbeit Ihren Mitarbeitern zu übermitteln. Auch Ihnen persönlich danken wir für Ihr politisches Engagement für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Allerdings besteht für die Bauern in unserem Land noch kein Anlass, sich vor den anstehenden Feiertagen ruhig zurückzulehnen. Der aktuelle Referentenentwurf zur Novellierung der Novellierung der Düngeverordnung schlägt hohe Wellen. Die öffentlichkeitswirksamen Initiativen der Landwirte, wie z. B. der sogenannte Flashmob am Mittwoch dieser Woche, dokumentieren eindrucksvoll die bestehenden Befürchtungen der Bauern. Mit Kreativität und ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile sensibilisieren die Aktivisten die Öffentlichkeit für unsere berechtigten Zukunftssorgen. Auch der bundesweite Agrargipfel hat nichts dazu beigetragen, die Befürchtungen, die wir als Bauernverband bereits vor langer Zeit auch an Sie herangetragen haben, zu zerstreuen. Wir rechnen damit, dass diese sich zuspitzende Situation trotz aller eventuell möglichen rechtlichen Folgen weitere Aktionen der Landwirte nach sich ziehen wird.

Wir möchten nochmals eindringlich auf das am 31. Januar 2018 verabschiedete Positionspapier des Präsidiums des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern zur Novellierung der Düngeverordnung verweisen. Neben der Fundstellenanalyse mit Ursachenermittlung an mit Nitrat belasteten Messstellen sowie der repräsentativen Erweiterung des Grundwassermessnetzes sollen unbedingt auch die rechtlich vorgesehenen Möglichkeiten der „Binnendifferenzierung“ ausgenutzt werden. Gerade diese Herangehensweise halten wir hinsichtlich der sich verschärfenden Situation für zwingend notwendig. Eine bedarfs- und standortgerechte Nährstoffversorgung der Kulturen muss auch zukünftig Maßstab der Düngung bleiben.

Insgesamt verstärkt sich durch Nichthandeln der Eindruck bei uns Landwirten, dass in weiten Teilen der Politik nicht verstanden wird, unter welchem Druck unsere landwirtschaftlichen Betriebe in ganz Deutschland stehen. Diese Politik untergräbt die vor Ort anzutreffenden guten Kooperationen von Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sowie Wasserwirtschaft. Wir wissen, dass es Veränderungen geben muss, aber dieser Referentenentwurf ist für die Landwirte kaum zu verdauen. Wenn diese Verordnung so umgesetzt wird, wird das zu weiteren Frust und Perspektivlosigkeit unter den Landwirten führen. Wir haben große Sorge, dass dadurch der Strukturwandel deutlich verschärft wird. Niemandem ist mit einer Eskalation der Auseinandersetzungen gedient.

Wir bitten Sie, das Ihnen Mögliche zu tun, um deutschlandweit zu einer Politik mit der Landwirtschaft zurückzukehren.

Mit freundlichem Gruß



Detlef Kurreck  
Präsident